



Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Mag. Reinhard Brachinger

Präsident der AK Oberösterreich

AK-Consult

**AK-Wertschöpfungsbarometer:
Trotz Krise: Eigentümer profitierten**

Pressekonferenz

Freitag, 29. April 2011, 10:00 Uhr

Arbeiterkammer Linz, Seminarraum 3, 5. Stock

Die Arbeiterkammer Oberösterreich wertet seit acht Jahren kontinuierlich die Jahresabschlüsse mittlerer und großer Unternehmen in Österreich aus. Aktuell wurde diese Auswertung um die Daten der verwendbaren Jahresabschlüsse 2009 erweitert. Die Untersuchungsreihe zeigt, dass Österreichs Unternehmen Jahr für Jahr immer besser an jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedem einzelnen Mitarbeiter verdienten. Daran hat sich auch im aktuellen Beobachtungszeitraum 2009, auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, kaum etwas geändert. Der Überschuss pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem, der den Unternehmen im Jahr 2009 durchschnittlich verblieb, betrug knapp 36.950 Euro. Er hat sich gegenüber dem Spitzenjahr 2007 nur minimal verändert und lag somit um 52 Prozent über dem Wert von 2003. Die Ressourcen für eine faire Lohnpolitik und für innovative Maßnahmen zur Arbeitszeitreduktion und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind in den Unternehmen also vorhanden – sie müssen jetzt auch endlich genutzt werden.

Auch in der Wirtschaftskrise hohe Produktivität

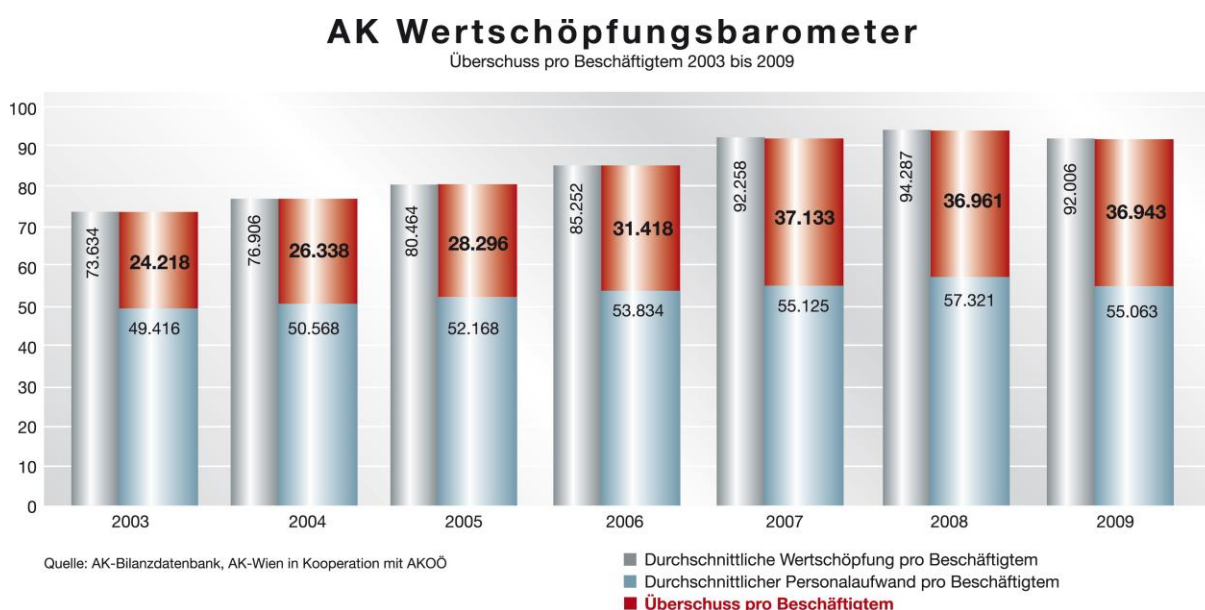
Die Produktivität der Beschäftigten in österreichischen Unternehmen ist in den letzten Jahren merklich gestiegen. Die Krise hat aber ihre Spuren hinterlassen und den weiteren Anstieg der Wertschöpfung gebremst. Die im Jahr 2009 erfassten Unternehmen weisen einen Rückgang der Produktivität (Wertschöpfung) je Beschäftigter/je Beschäftigtem um 2,4 Prozent im Vergleich zu 2008 auf. Der Personalaufwand je Beschäftigter/je Beschäftigtem verringerte sich 2009 aber um beinahe 4 Prozent und pendelte sich auf dem Niveau des Jahres 2007 ein.

Langfristig betrachtet liegt die Produktivität je Beschäftigter/je Beschäftigtem um 25 Prozent höher als im Jahr 2003. Der Personalaufwand je Beschäftigter/je Beschäftigtem seit 2003, also der Anteil der Beschäftigten an der Produktivitätsentwicklung, hat sich aber nur um 11 Prozent erhöht. Hier besteht eine deutliche Kluft.

AK-Wertschöpfungsbarometer ergibt:

36.950 Euro Überschuss pro Mitarbeiter

Der AK-Wertschöpfungsbarometer ermittelt die Differenz zwischen der Wertschöpfung und dem Personalaufwand pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem. Diese Differenz wurde im Laufe der letzten Jahre deutlich zu Gunsten der Unternehmen vergrößert. Daran änderte auch die Wirtschaftskrise nichts. Auch 2009 wurde auf betrieblicher Ebene der hohe Wert des „Superjahres 2007“ beinahe wieder erzielt. Das zeigt die folgende Grafik (Werte in Euro):



Pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem blieben den Unternehmen im Jahr 2009 durchschnittlich knapp 37.000 Euro, etwa gleich viel wie im Jahr zuvor. Dieser Wert liegt nominell, also ohne Inflationsbereinigung um fast 52 Prozent über dem Wert des Jahres 2003. Anders ausgedrückt: Die 2009 untersuchten Unternehmen verdienen an jeder Arbeitnehmerin/an jedem Arbeitnehmer um durchschnittlich 52 Prozent mehr als jene im Jahr 2003.

Als Gegenleistung haben sie den Personalaufwand je Beschäftigter/je Beschäftigtem im gleichen Zeitraum nur um 11 Prozent erhöht.

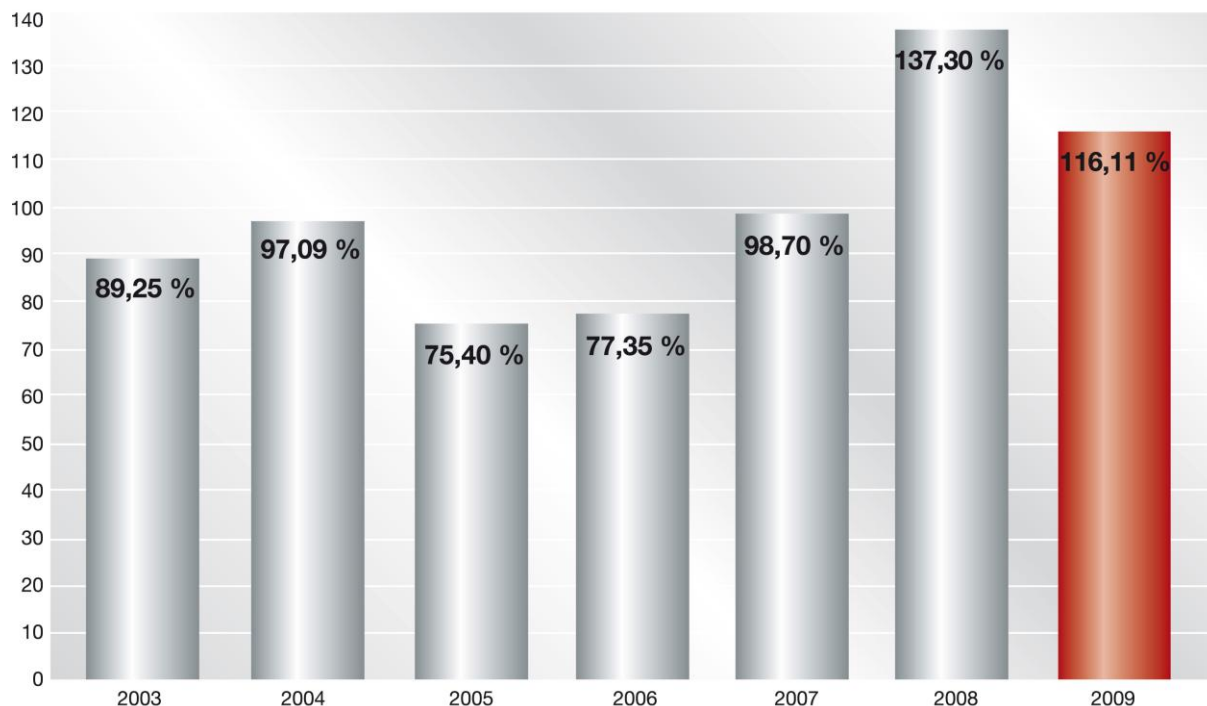
Die durchschnittliche Wertschöpfung pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem ist 2009 um 67 Prozent höher als der Personalaufwand pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem. Dies entspricht dem erreichten Niveau des Superjahres 2007. Hier wird deutlich, dass selbst in der Krise Reserven für Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vorhanden sind.

Unternehmen leisteten sich trotz Krise hohe Ausschüttungen

Unternehmen rechtfertigen überdurchschnittlich hohe Gewinne bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung damit, dass in „guten Jahren“ ein Polster für die Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität aufgebaut werden müsse. Dadurch könnten sie sich mittelfristig gegen zu erwartende Rückschläge im Konjunkturabschwung schützen. Die Analyse der Jahresabschlüsse zeigt, dass dies in der Realität nicht oder insgesamt unzureichend erfolgte. Denn die Unternehmen schütteten die Überschüsse in immer höherem Ausmaß an die Eigentümer/-innen aus. Trotz Krise wird dieser Trend fortgeschrieben. Bereits im zweiten Krisenjahr hintereinander sind die Gewinnausschüttungen aus dem Vorjahr deutlich höher als die erwirtschafteten Jahresüberschüsse. 2009 haben die gewährten Gewinnausschüttungen aus dem Jahr 2008 die erwirtschafteten Jahresüberschüsse 2009 mit 116 Prozent belastet.

Belastungen der Jahresüberschüsse

durch tatsächliche Ausschüttung des Vorjahresgewinnes



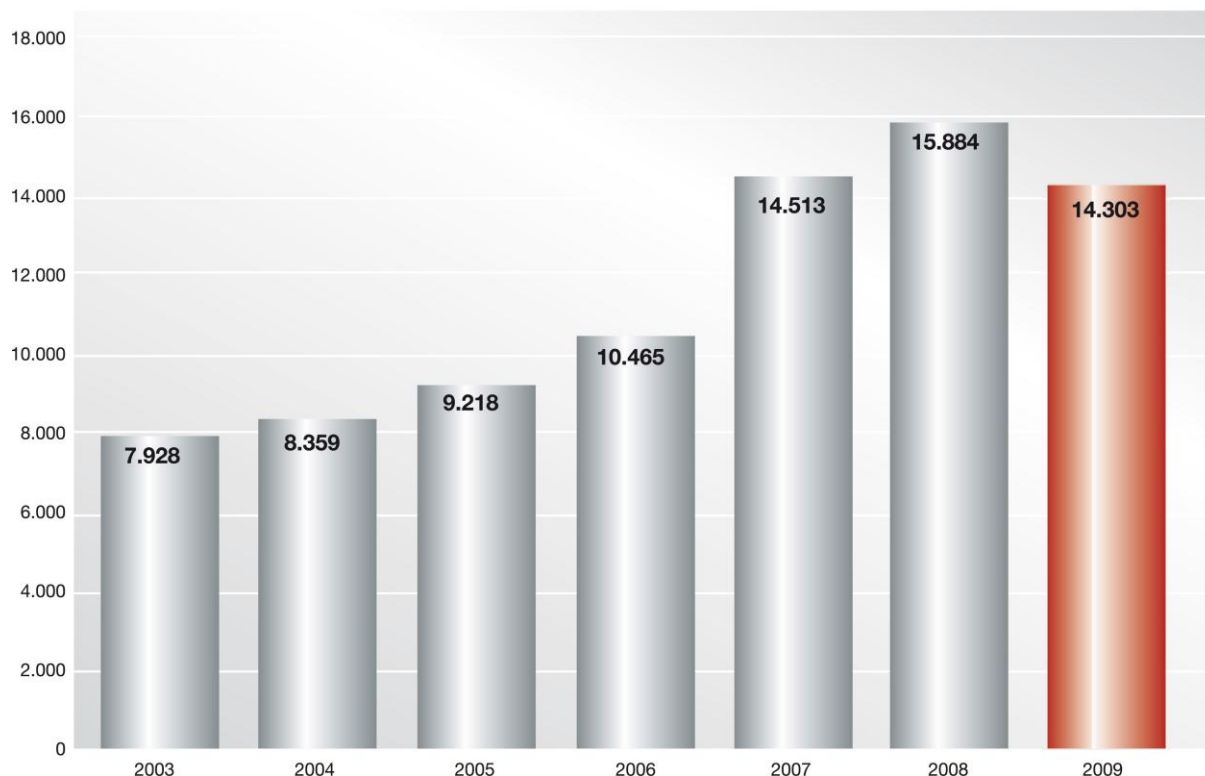
Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK-Wien in Kooperation mit AKÖÖ

Gerade jetzt ist es besonders wichtig, dass die erzielten Gewinne für den Fortbestand des Unternehmens bzw. für Investitionen eingesetzt werden. Für die Eigentümer ist dies nicht zum Nachteil, da das Einbehalten von Gewinnen den Unternehmenswert nachhaltig steigert. Es ist somit nicht einzusehen, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze sowie eine faire Entlohnung bangen müssen, während die Eigentümer mit überzogenen Ausschüttungen belohnt werden.

In absoluten Geldwerten stiegen die Auszahlungen an die Eigentümer seit dem Jahr 2003 bis zum Einsetzen der Krise rasant an. Mit einem Ausschüttungswert von durchschnittlich 14.303 Euro je Beschäftigter/je Beschäftigtem ist im Krisenjahr 2009 beinahe der gleiche Wert wie im Jahr 2007 ausgeschüttet worden.

Gewinnausschüttungen an die Eigentümer pro Beschäftigtem

Werte in Euro



Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK-Wien in Kooperation mit AKOÖ

Eine steigende Gewinn- und Vermögensquote ist verteilungs- und wirtschaftspolitisch problematisch. Denn erhöhen sich die Gewinne und Vermögenserträge stärker als die Löhne, erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger, als ihnen aus der produzierten Wertschöpfung zustünde. Da der erwirtschaftete Überschuss vor allem zur Befriedigung der Kapitalinteressen der Eigentümer/-innen und nicht zur nachhaltigen Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität der Unternehmen genutzt wurde, ist die Forderung nach weiteren Lohnzurückhaltungen völlig unangebracht.

Finanzinvestitionen beginnen wieder zu dominieren!

Die Investitionsneigung erscheint zwar oberflächlich betrachtet gut. Erschreckend ist jedoch, dass aus den Krisen keine Lehre gezogen wurde. Statt in Maschinen, Anlagen und Mitarbeiter/innen wird schon wieder vermehrt in Finanzprodukte investiert. Die Finanzinvestitionen zeigen mit einem Anteil

von 47,9 Prozent den zweit höchsten Wert seit Beginn des Untersuchungszeitraumes. Die Investitionen in Sachanlagen befinden sich auf dem zweitniedrigst ermittelten Niveau seit 2003.

Anteil der Sach- und Finanzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen



Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK Wien in Kooperation mit AKOÖ, die Differenzen auf 100 Prozent entsprechen Investitionen in immaterielle Güter

Fazit

Die Mitarbeiter/-innen haben einen wesentlichen Anteil daran, dass sich die Leistungsfähigkeit der österreichischen Unternehmen auch auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise 2009 sehen lassen kann und dass die Betriebserfolge in den letzten Jahren "fett" ausgefallen sind. Hohe Eigenkapitalrentabilitäten und satte Gewinne trugen zum Profit der Eigentümer bei.

Im Gegensatz dazu kämpften im Krisenjahr 2009 die Beschäftigten mit Kurzarbeit, mussten Einbußen bei Lohn und Gehalt hinnehmen oder waren von Arbeitslosigkeit oder Aussetzverträgen betroffen.

Das Ergebnis des Wertschöpfungsbarometers 2009 zeigt deutlich, dass sich die Verteilungsschiefelage auch in der Krise weiter deutlich verfestigt hat. Mehr denn je müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden und einen gerechten Beitrag zum Gemeinwohl durch faire Löhne, Überstundenabbau und Arbeitszeitverkürzung mit Ausgleich bei Lohn und Personal leisten.

Kaufkrafterhöhung und Belastungsstopp durch Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung

- **Reale Lohnsteigerungen für mehr Kaufkraft und Gerechtigkeit!** Die Leistung der Beschäftigten muss entsprechend produktivitätsorientiert abgegolten werden. Zu geringe Lohnerhöhungen schwächen die Kaufkraft in Österreich und werden so zum Bumerang. Einerseits überhöhte Gewinnausschüttungen vorzunehmen und andererseits Lohnzurückhaltung zu fordern, ist nicht akzeptabel.
- **„Arbeit fair teilen“ durch Arbeitszeitverkürzung!**
Gerade die Kurzarbeit hat gezeigt, dass Arbeitszeitverkürzung ein wirksames Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur besseren Aufteilung der Arbeit auf mehr Menschen darstellt. Dieser Weg ist auch außerhalb der Krise fortzusetzen. Innovative Modelle wie die Fünfer-Schicht oder Vier-Tage-Wochen sind auf betrieblicher Ebene einzuführen, um die Arbeitszeit zu verkürzen. Die positiven Effekte der Verkürzung der Arbeitszeit sind durch entsprechende Einstellungen von zusätzlichem Personal abzusichern.
- **„Arbeit fair teilen“ durch Abbau von Überstunden!**
Österreich ist Arbeitszeiteuropameister. In Betrieben mit guter Auftragslage sollen Überstunden reduziert und dadurch zusätzlichen Menschen Arbeit geboten werden. Allein im zweiten Quartal 2009 – also mitten in der Wirtschaftskrise – wurden in Österreich von rund 750.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 6,2 Millionen Überstunden pro Woche geleistet. Eine Verteuerung der Überstunden (etwa durch höhere Zeitzuschläge) würde Unternehmen dazu bringen, ähnlich wie beim Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitkräfte nach Alternativen zu suchen und Arbeitsplätze zu schaffen.
- **Stärkung der betriebsrätlichen Mitbestimmung**
Die betriebsrätliche Mitbestimmung in Fragen der Personalpolitik und der Personalbemessung muss verstärkt werden, damit eine weitere

Leistungsverdichtung verhindert und die Einhaltung von Arbeitszeitregelungen effektiv kontrolliert werden können.

- **Mindestlohn von 1.300,- Euro brutto**

Laut Arbeitsklimaindex reicht für 350.000 Arbeitnehmer/-innen das Einkommen nicht mehr zum Leben. Das ist ein Anstieg um 38 Prozent in den letzten zehn Jahren. Durch die Einführung eines Mindestlohns von 1.300 Euro kann die Armutsfalle entschärft werden.

Anhang:

Berechnungsmethode:

Die AK-Bilanzdatenbank erfasst verwendbare, veröffentlichte Jahresabschlüsse und wird von der AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft in Kooperation mit der AK Oberösterreich, AK-Consult geführt. Die Zusammensetzung der analysierten Unternehmen verändert sich jedes Jahr, wobei darauf geachtet wurde, dass die erfasste Gruppe ausreichend groß und ein repräsentativer Mix von Groß- und Mittelunternehmen aus Industrie/Gewerbe, Handel und Dienstleistungen enthalten ist.

Nicht einbezogen werden Non-Profit-Organisationen, Banken, Versicherungen, Krankenhäuser und Holdinggesellschaften.

Die Jahresdaten stellen jeweils die nominellen, nicht Inflationsbereinigten Werte dar.

Auf Basis dieser Daten wird die Wertschöpfung pro Beschäftigtem für jedes aufgenommene Unternehmen und Jahr errechnet. Davon wird der durchschnittliche Personalaufwand (je Beschäftigtem) abgezogen und so der durchschnittliche Überschuss errechnet.

Die ordentliche Wertschöpfung je Beschäftigtem:

Die Bilanzkennzahl „ordentliche Wertschöpfung“ ist jener Wert, der im betrieblichen Produktionsprozess den bezogenen Produkten (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, zugekaufte Teile und Leistungen) hinzugefügt wird.

Ordentliche Wertschöpfung je Beschäftigtem wird wie folgt berechnet:

Nettoumsatzerlöse

+/- Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie an noch nicht abrechenbaren Leistungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ ordentliche übrige sonstige Erträge

= ordentliche Betriebsleistung

+ Ertragszinsen

- Aufwand für Material und für bezogene Leistungen

- ordentliche übrige sonstige Betriebsaufwendungen

= ordentliche Wertschöpfung

Ord. Wertschöpfung/Beschäftigtem = ord. Wertschöpfung / durch.
Beschäftigte

Das Beteiligungsergebnis ist in der ordentlichen Wertschöpfung nicht beinhaltet.

Außerordentliche Wertschöpfungsbestandteile sind in der ordentlichen Wertschöpfung ebenfalls nicht berücksichtigt (Beispiele: Förderungen, diverse a.o. Erträge, Erträge aus Anlagenabgängen, Erträge aus Rückstellungsaufhebungen, diverse a.o. Aufwendungen, Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen, Aufwand aus Finanzanlagen, Abschreibung von Wertpapieren, etc.).

Mit der Wertschöpfung je Beschäftigtem kann die Leistung der Beschäftigten im Zeitablauf und innerhalb einer Branche verglichen werden.

Personalaufwand lt. Gewinn- und Verlustrechnung pro Beschäftigtem:

Für die Berechnung des Personalaufwandes wurden folgende Positionen berücksichtigt: Löhne, Gehälter, Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen, Aufwendungen für Altersversorgung, Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge und sonstige Sozialaufwendungen.

Der auf diesem Weg ermittelte Personalaufwand wird durch die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten dividiert.

Die untersuchten Unternehmen:

Die Recherche basiert auf den veröffentlichten Jahresabschlussdaten der Geschäftsjahre 2003 bis 2009 von mittleren und größeren Unternehmen mit Sitz in Österreich.

Das sind v.a. Kapitalgesellschaften mit

- einer Bilanzsumme von mehr € 4.840.000,-
- Umsatzerlösen größer als € 9.680.000,-
- und mehr als 50 Arbeitnehmern/-innen.

Um in die „Veröffentlichungspflicht“ (Offenlegung ausreichender Informationen) zu fallen, müssen je Unternehmen zwei von drei Kriterien in zwei Jahren überschritten sein.

Folgende Anzahl an Unternehmen und Mitarbeitern wurde erfasst:

(Die unterschiedliche Anzahl der in den verschiedenen Jahren untersuchten Unternehmen resultiert aus der unterschiedlichen Zahl der für das jeweilige Jahr offengelegten und für die Studie verwendbaren Jahresabschlüsse.)

- 2003: 1.047 Unternehmen mit insgesamt 610.897 Beschäftigten, das sind 19,2 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2004: 1.053 Unternehmen mit insgesamt 638.414 Beschäftigten, das sind 20,0 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2005: 1.115 Unternehmen mit insgesamt 660.744 Beschäftigten, das sind 20,5 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2006: 1.057 Unternehmen mit insgesamt 642.582 Beschäftigten, das sind 19,7 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2007: 999 Unternehmen mit insgesamt 615.889 Beschäftigten, das sind 18,4 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2008: 1.030 Unternehmen mit insgesamt 624.871 Beschäftigten, das sind 18,3 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich
- 2009: 1.119 Unternehmen mit insgesamt 582.414 Beschäftigten, das sind 17,3 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich